

Schweiz

Tages-Anzeiger vom 07.02.2006

Grenzen der Gleichstellungspolitik

Die tatsächliche Gleichstellung ist ein erklärtes Ziel der Bundesverwaltung. Sie liegt davon allerdings noch meilenweit entfernt. Aussenministerin Micheline Calmy-Rey hat mit ihrem Diplomaten-Entscheid die Diskussion wieder voll entfacht.

Sechs junge Kandidaten müssen auf den Eintritt in den diplomatischen Dienst verzichten - aus dem einzigen Grund, weil sie Männer sind. Obwohl sie sich für die Aufnahme qualifiziert haben und sie von der Zulassungskommission empfohlen wurden, entschied sich Aussenministerin Micheline Calmy-Rey gegen sie. Die Absicht der EDA-Chefin ist klar: Sie will das bestehende Missverhältnis zwischen Männern und Frauen im diplomatischen Dienst beheben.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob Calmy-Reys Vorgehen rechtlich zulässig ist. Das Gleichstellungsgesetz verbietet es nämlich, jemanden wegen seines Geschlechts zu diskriminieren. Mit einer Ausnahme: Eine Diskriminierung ist zulässig, wenn sie der «tatsächlichen Gleichstellung» von Mann und Frau dient. Allerdings muss eine solche Massnahme «angemessen» sein, präzisiert der Arbeitsrechtler Thomas Geiser von der Universität St. Gallen. Ob das zutrifft, könne letztlich nur ein Gerichtsverfahren klären. Der St. Galler Professor weist darauf hin, dass Calmy-Rey nicht nur Frauen bevorzugt, sondern gleichzeitig Männer abgewiesen hat. Eine Klage der Betroffenen wegen übermässiger Diskriminierung sei deshalb nicht zum Vornherein aussichtslos. Auch stelle sich die Frage, ob sich nicht mit «mildereren Massnahmen» - zum Beispiel mit angepassten Qualifikationskriterien - die Chancen für Frauen verbessern lassen, fügt Geiser an.

Die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau in der Bundesverwaltung ist ein erklärtes Ziel des Bundesrats. Ein Evaluationsbericht hat vor einem Jahr gezeigt, dass das Bewusstsein bei den verantwortlichen Führungskräften «noch nicht optimal ist». Namentlich in den obersten Lohnklassen ist der Frauenanteil besonders tief. Er lag Ende 2005 bei gerade mal 9 Prozent, im EDA bei unter 8 Prozent. Da müssen sich die Personalverantwortlichen noch etwas einfallen lassen, wollen sie das ehrgeizige Ziel der Landesregierung erreichen, bis 2011 den Frauenanteil in dieser Gruppe um 30 Prozent zu steigern. (afi)